

Wirtschaft

Subhead Subhead Subhead

CC-BY-SA Hilmar Benecke

welchen Stellen wir nach Lösungen suchen müssen. Oder um es mit Albert Einstein zu sagen: „Probleme kann man niemals mit der gleichen Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“

Zur Beantwortung der Frage, wie unser Finanz- und Geldsystem funktioniert, ist das Verständnis zweier Faktoren fundamental wichtig: wie entsteht unser Geld und was sind die Folgen eines Zinseszins-Systems. Das Zusammenspiel dieser beiden Faktoren macht deutlich, warum die Schuldenkrise, die wir derzeit erleben, der Endpunkt einer systemimmanenten Entwicklung ist.

Wodurch entsteht unser Geld?

Entgegen der landläufigen Meinung ist das Drucken von Banknoten und Münzen der weitaus kleinste Teil der Geldschöpfung (inzwischen deutlich kleiner als 10 Prozent). Der allergrößte Teil unseres Geldes wird dadurch geschaffen, dass irgendjemand (Staat, Unternehmen, Bürger) einen Kredit aufnimmt. Unser Geld ist also ein sogenanntes „Schuldengeld“. Die Geldmenge wächst dadurch, dass sich Wirtschaftsteilnehmer verschulden. Hat man dies einmal verstanden, wird auch schnell klar, dass Wirtschaftswachstum vorrangig durch neue Schulden finanziert wird. Der Wirtschaftsboom Mitte des letzten Jahrzehnts etwa resultierte zu weiten Teilen aus dem Konsum der amerikanischen Haushalte, die sich mit Hilfe der amerikanischen Fiskalpolitik bis weit über die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit verschuldeten.

Steuern Zentralban-

ken die Geldmenge?

Die Illusion, dass Geld im wesentlichen von den Zentralbanken geschaffen wird, wurde noch bis in die 90er Jahre dadurch genährt, dass die Zentralbanken regelmäßig über die Entwicklung verschiedener Geldmengen berichteten (M1, M2 und M3), um deren Steuerung sie sich bemühten. Doch seit etwa 10 Jahren ist von Geldmengensteuerung kaum noch öffentlich die Rede. Kommentiert werden nur noch die Leitzinssätze, über die die Zentralbanken die Inflationsrate beeinflussen wollen. Schaut man sich die entsprechenden Zahlen an, stellt man fest, dass sich insbesondere in den letzten 20 Jahren das Geldmengenwachstum in ständig steigendem Maße vom Wachstum der jeweiligen Bruttoinlandsprodukte (BIP) entfernt hat – und das in nahezu allen großen Wirtschaftsnationen. Die Differenz zwischen Geldmengenwachstum und BIP-Wachstum wird von manchen Wirtschaftswissenschaftlern auch „wahre Inflation“ genannt. Die so berechnete Inflationsrate liegt heutzutage weit über den öffentlich berichteten Quoten.

Wie beeinflusst Geldmengenwachstum die Inflation?

Ein wesentlicher Grund dafür, dass das Geldmengenwachstum nicht die Verbraucherpreise in ähnlichem Maße steigen lässt, liegt in den ungleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen. Dadurch landen die Geldmengenwachstum nicht mehr in den Händen der breiten Masse der Einkommensbezieher (um dort zur Nachfrage nach Konsumgütern zu führen), sondern

Ziel dieses Beitrags ist es, Neugier auf ein Thema zu wecken, mit dem sich die meisten wahrscheinlich noch nicht beschäftigt haben: Auf welchen Säulen ruht unser Finanz- und Geldsystem? Die Materie ist komplex; auch weil Geld in unserem Wirtschaftssystem sowohl eine Funktion als Tauschmittel wie auch als Wertaufbewahrungsmittel hat (letzteres steht bei den folgenden Betrachtungen im Mittelpunkt). Es würde diesen Rahmen sprengen, Detailfragen in der Tiefe zu erläutern – z.B. anhand von Zahlenbeispielen. Wer an weiteren Informationen interessiert ist, findet am Ende des Textes einige Quellenangaben.

Zyklische Krise oder Systemkrise?

Nach der Finanzkrise 2008 stritten sich die meisten Wirtschaftsexperten, ob die Erholung der Wirtschaft in Form eines U, V oder W verlaufen würde, also ob die Konjunktur sich schnell, langsam oder mit einem zweiten Tief wieder erholen würde. All diesen Überlegungen war eins gemein: die Prämisse, dass es sich hierbei um eine zyklische Krise handelt, nach der es fraglos weiter aufwärts gehen würde – wie bei zahlreichen anderen Krisen/Rezessionen in den Jahrzehnten vorher. Inzwischen mehrten sich jedoch die Vertreter der Sichtweise, dass es sich bei dem, was wir seit dem Platzen der Subprime-Blase in 2007/2008 erleben, um eine Systemkrise handelt, also um eine Krise unseres Finanz- und Geldsystems. [1]

Warum ist diese Unterscheidung so wichtig? Nun, sie gibt uns einen Hinweis darauf, an

auf den Depots der Vermögensinhaber. Die Flutung der Finanzmärkte mit neuem Geld führt also nicht zu steigendem Verbrauch, sondern zu immer umfassenderen (und komplexeren) Vermögensanlagen.

Das Resultat sind immense vagabundierende Kapitalmengen, die auf der Suche nach immer neuen Renditezielen sind, und so immer schneller auf bestimmten Teilmärkten für die so genannten „Blasen“ sorgen. Diese Form der Inflation nennt man auch „asset price inflation“ – also auf Deutsch: Vermögenspreis-Inflation (z.B. in Form sprunghaft steigender Aktien- oder Rohstoffmärkte). Als Folge davon erleben wir unter anderem den geradezu perversen Effekt, dass der Preisanstieg von Grundnahrungsmitteln inzwischen weniger durch die Zunahme der Nachfrage, als vielmehr durch die Spekulationen von Kapitalanlegern verursacht wird. Allerdings mit dem gleichen Ergebnis: Hunger und Tod!

Durch wen erfolgt die Geldschöpfung?

Zurück zu der Frage, von wem dieses viele neue Geld denn nun geschaffen wird, wenn nicht von den Zentralbanken. Die Antwort ist einfach: den Geschäftsbanken! Mit jedem Kredit, den Banken vergeben, wird neues Geld geschaffen – das so genannte „Giralgeld“. Verschulden sich Staaten oder Unternehmen, entsteht neues Geld, auch ohne dass dafür im wörtlichen Sinne „die Notenpresse angeworfen werden muss“. Geld entsteht also, ohne gedruckt werden zu müssen und ohne dass dafür vorher ein entsprechendes Guthaben vorhanden sein muss. Je höher die Verschuldung der Wirtschaftsteilnehmer steigt, desto größer ist das Geldmengenwachstum. Es wird entweder unmittelbar finanziert oder mittelbar arrangiert durch die Großbanken, die daran im einen Fall durch Zinsen, im anderen durch Gebühren und Provisionen verdienen.

Die Höhe der Kreditvergabe durch Banken wird nur von zwei Faktoren begrenzt: dem Eigenkapital in der Bankbilanz und ei-

nem bei der Zentralbank zu hinterlegenden Mindestreservesatz. Beide Parameter sind jedoch durch Regulierungserleichterungen (auch bilanzieller Art infolge der Finanzkrise) inzwischen so minimal, dass das Geldmengenwachstum dadurch kaum noch begrenzt wird. Die von der Finanzindustrie geschürte Angst vor einer Kreditklemme infolge der Finanzkrise hat zum endgültigen Brechen der Dämme geführt.

Auf der Suche nach dem Motor dieses Prozesses hilft es vielleicht zu wissen, dass der größte Schuldensünder von Zentralbankseite, die amerikanische FED (federal reserve system), nicht – wie man vielleicht glauben möchte – dem Staat gehört, sondern seit ihrer Gründung im Jahr 1913 den amerikanischen Banken.

Welche Effekte hat in diesem System der Zinseszins?

Dass wir für einen Kredit Zinsen zahlen und für unser Ersparnis Zinsen bekommen, erscheint

Zwischenüberschrift.

uns selbstverständlich. Wenn unsere Spargroschen – oder Kapitalanlagen – im Laufe der Zeit anwachsen, weil wir „unser Geld für uns arbeiten lassen“, freuen wir uns. Da wir mit diesen Spielregeln groß geworden sind, macht sich kaum jemand Gedanken darüber, welche Konsequenzen der Zinseszins – also die Verzinsung auch von Zinsguthaben – innerhalb unseres Geldsystems hat. Der Zinseszins (nicht der Zins an sich) führt zu dem, was mathematisch exponentielles Wachstum genannt wird, eine immer schnellere und in der Endphase explodierende Vermehrung. Macht man sich nun klar, dass alles Geld Schulden sind, und jede Schuld verzinst wird, wird schnell deutlich, dass durch den Zinseszinsseffekt

Schulden immer schneller wachsen müssen.

Um die dahinter steckende Problematik noch über einen anderen Ansatz begreiflich zu machen, sei noch auf den folgenden, ebenfalls systemimmanenten Faktor hingewiesen: Bei der Geldschöpfung durch einen Kredit wird ja nur Geld in Höhe des Kredits geschaffen; nicht aber das Geld, das für die Bezahlung der Zinsen benötigt wird. Die Begleichung dieser Zinsen muss also entweder aus der bisherigen Geldmenge kommen oder – und das ist mittlerweile die Regel – irgendwo innerhalb des Systems muss neues Geld geschaffen werden. Irgendwer muss neue Schulden aufnehmen.

Gewinner, Verlierer und die Politik

Wir leben in einem System der doppelten Buchführung. Der Gesamtsumme der Schulden steht eine ebenso große Summe von

den Vermögenseliten erlauben, sich ihres Beitrags zum Erhalt des Gesellschaftssystems zu entziehen – sei es durch Steuerbetrug wie in Griechenland und Italien oder durch niedrige Steuersätze mit zahlreichen Vergünstigungen für Kapitalvermögen wie in den USA. Dort, wo die Schere zwischen arm und reich durch Korruption, kriminelle Strukturen (wie die Mafia) oder Klientelpolitik (also Lobbyismus) besonders stark auseinanderklafft, wird der Staat am schnellsten zum Schuldenmonopolisten.

Fazit

Diese Überlegungen machen deutlich, warum der ständig wachsenden Zahl der (Multi-)Milliardäre auch ein immer größer werdender Schuldenberg gegenübersteht. Die Staaten sind das letzte Glied in der Kette, da diese die Schulden der Banken übernehmen – um „das System zu retten“ –, wenn die breite Masse der ärmer werdenden Bevölkerung (oder erfolglose Spekulanten) ihre Schulden nicht mehr bedienen können. Die Subprime-Krise mit der daraus resultierenden Überschuldung zunächst der Kreditnehmer, dann der Banken und schließlich der Staaten war der vorläufige Höhepunkt dieser Schuldenspirale. Ohne ein Prophet zu sein, lässt sich voraussagen, dass es nicht der letzte war.

Wege aus der Schuldenkrise

Jedem Schuldner steht ein Gläubiger gegenüber. Und was für den Schuldner Kredit ist, ist für den Gläubiger Vermögen. Wenn also die Staatsschulden reduziert werden sollen, ist damit zwingend auch eine Forderung nach weniger Vermögen der Gläubiger verbunden. Weniger Schulden gleich weniger (Geld-)Vermögen! Nur weil uns Schulden als etwas Schlechtes und Guthaben als etwas Gutes erscheinen, heißt das nicht, dass wir nur eine Seite der Bilanz verringern können.

Es ist also offensichtlich, dass mit der Verringerung von Schulden auch eine Reduzierung von

Vermögen gegenüber. Genauso wie der Zinseszinsseffekt Schulden immer schneller steigen lässt, führt er auch dazu, dass die Vermögen in gleichem Maße explodieren. In der Konsequenz heißt das: Schulden wie Vermögen vermehren sich im Zeitverlauf exponentiell. Gleichzeitig ballen sie sich – je weiter dieser Prozess fortschreitet – in immer weniger Händen zusammen.

Auch wenn die neoliberalistische Finanz- und Wirtschaftspolitik seit den 80er Jahren zur Beschleunigung dieses Konzentrationsprozesses beigetragen hat, ist die Grunddynamik weitgehend unabhängig von politischen Entscheidungen. Eine Beschleunigung des Bündelungseffekts tritt insbesondere dort ein, wo die staatlichen Strukturen es

Vermögen einhergehen muss. Damit wird gleichzeitig virtuelles Geld (sog. „Giralgeld“) vernichtet. Sowohl Politik als auch Wirtschaft müssten ein Interesse daran haben, dieses Geld zu einem möglichst kleinen Bestandteil dem (Real-)Wirtschaftskreislauf zu entziehen, denn sonst droht Deflation.

Grundsätzlich erscheint dies möglich, da die Flutung der Finanzmärkte mit Geld (auch, aber nicht nur durch die Zentralbanken) inzwischen zu einem Geldvolumen geführt hat, das nach aktuellen Schätzungen etwa zehnmal höher ist als die durch die reale Wirtschaft geschaffenen Sachwerte. Die Frage ist also, wie man das Geld dort vernichtet (d.h. zur Schuldenreduzierung heranzieht), wo es quasi zum Selbstzweck der Geldvermehrung herumvagabundiert. Und unmittelbar damit verbunden stellt sich die nächste Frage – vor der die handelnden Akteure am meisten Angst haben –, ist dies möglich, ohne dass das gesamte jetzige Finanzsystem zusammenbricht?

Möglichkeiten der Entschuldung

Diese Zusammenhänge sind insbesondere deswegen wichtig, um die zurzeit präferierte Lösung des Sparens als Mär zu entlarven. Denn Sparen heißt nichts anderes als Ausgaben kürzen – entweder für Investitionen oder für Konsum. Beide Faktoren sind aber Stützpfeiler unseres Wirtschaftslebens, das auf der ande-

Platz für längere Zwischenüberschrift.

ren Seite die Staatseinnahmen generiert. Was mit diesen geschieht, wenn nur gespart – also gekürzt – wird, sehen wir zurzeit in allen Krisenländern, die dies bereits tun. So wie die Staatsverschuldung unser Wirtschaftswachstum (künstlich) angetrieben hat, so führt Sparen zur gleichen Dynamik in die andere Richtung. Die Konjunkturprogramme in 2008 und 2009 wurden übrigens damit begründet, dass die Ausgabenkürzungsprogramme in den Jahren 1930-1932 in Deutschland zu Massenarbeitslosigkeit führten. Wie kann diese Argumentation innerhalb von drei Jahren falsch werden?

Eine (Staats-)Entschuldung kann also nur zu Lasten eines Schrumpfens anderer möglichst realwirtschafts-ferner Vermögenswerte erzielt werden, wenn eine Deflation vermieden werden soll. Auf einer höheren Ebene sind nur drei Modelle denkbar:

Streichen von Schulden und den ihnen gegenüber stehenden Guthaben (Schuldenschnitt)

Vergrößerung der Staatseinnahmen durch höhere Steuern oder Abgaben (auch einmalige)

auf Vermögenswerte und/oder Einkommen

Inflation (als Geldentwertung, die gezielt verursacht wird durch Geldmengen-Wachstum, das größer ist als der Produktivitätszuwachs der Realwirtschaft)

Andere Lösungen – außer einer Währungsreform – gibt es meiner Ansicht nach nicht. Die Frage ist also nur, mit welchen Mitteln und in welchem Zeitraum der Prozess des „Schulden- und Vermögen-Vernichtens“ stattfinden sollte.

Der Schuldenschnitt

Der radikalste Weg ist der sogenannte Schuldenschnitt, bei dem sich von einem auf den anderen Tag die Kredite der Schuldner und die Vermögen der Gläubiger um den gleichen Betrag reduzieren. Dies träfe vor allem die Inhaber größerer Staatsanleihen-Pakete – also unter anderem Banken und Versicherungen. Hiervon wäre der normale Sparer insofern betroffen, als Lebensversicherungen oder ähnliche Anlageprodukte für die Altersvorsorge ebenfalls an Wert verlieren würden. Neben privaten Vermögen, die

Staatsanleihen in ihrem Depot haben, würde es jedoch am stärksten Banken treffen. Die damit einhergehenden Verluste würden das ohnehin spärliche Eigenkapital auffressen. Bankenpleiten wären wahrscheinlich die Folge, damit verbunden natürlich auch die Notwendigkeit einer erneuten Bankenrettung.

Wenn man es diesmal allerdings anders – meines Ermessens richtiger – macht (nämlich Kapitalisierung der Banken in Form echten Eigenkapitals und damit voraussichtlich Anteils-mehrheit des Staates; siehe Schweden in den 90er Jahren), bietet diese „Katastrophe“ aber auch eine Chance. Man könnte nämlich mögliche politische Ziele der Bankenregulierung (zum Beispiel Maßnahmen gegen das „too big too fail“ oder Begrenzung des Derivatemarktes bis hin zum Verbot von Geldwetten ohne realwirtschaftlichen Bezug) als Eigentümer leichter und schneller umsetzen.

Diese Variante könnte jedoch unser heutiges Finanzsystem zusätzlich dadurch erschüttern, dass bei einem Schuldenausfall (im Gegensatz zum „freiwilligen“ Schuldenverzicht im Falle Griechenlands) die im letzten Jahrzehnt auch auf Staatsanleihen immer zahlreicher gewordenen Kreditausfallversicherungen (sog. CDS) fällig werden würden. Da dieser Markt bis heute nicht transparent geregelt wurde, weiß niemand, wer in welcher Höhe dadurch Ausfälle zu erleiden hätte. Allein das Volumen der gehandelten CDS lässt jedoch darauf schließen, dass Massenpleiten von größeren Finanzmarkt-Teilnehmern die Folge wären (insbesondere Banken und deren Zweckgesellschaften sowie Hedgefonds ***ERKLÄREN***). Die Angst vor dem damit einhergehenden Dominoeffekt erklärt auch, warum bisher auf die Freiwilligkeit des Schuldenverzichts so großer Wert gelegt wurde.

Höhere Einkommens- und Vermögensabgaben

Einmalige Vermögensabgaben in nennenswerter Höhe eignen

sich ebenfalls zu einer kurzfristigen Schuldentilgung. Diese würden sich allerdings vornehmlich wohl auf immobile Sachwerte beziehen, da die meisten anderen Vermögenswerte leicht zu transferieren sind und eine global einheitliche Vorgehensweise illusorisch erscheint. Hiermit trafe man also eher die Eigentümer von Immobilien und Betriebsvermögen, die nicht identisch sein müssen (und wahrscheinlich auch nicht sind) mit den Besitzern der großen Geldvermögen – also den Staaten-Gläubigern.

Eine langsamere Variante ist die jährliche Besteuerung größerer Vermögen und Einkommen. Die Dauer der hierdurch möglichen Schuldentilgung richtet sich nach der Höhe der zusätzlichen Besteuerung. Je höher diese allerdings ausfällt, desto größer ist das Risiko von Vermögensstransfers und/oder der Verlagerung von Wirtschaftsbetrieben. Da sich auch bei dieser Maßnahme ein international koordiniertes Vorgehen nur schwer vorstellen lässt, muss jeder Staat, der sich für diesen Weg entscheidet, Wettbewerbsnachteile befürchten, die dann wieder unmittelbar das Steueraufkommen sinken lassen. Dies ist der Preis des Kampfes um Wirtschaftswachstum zwischen den einzelnen Nationen, der auch Teil unseres globalisierten Wirtschaftssystems ist.

Bei der Umsetzung eines solchen Modells wäre es jedoch außerordentlich wichtig, dass die daraus resultierenden Staatseinnahmen ausschließlich zur Schuldentilgung – also zur Redu-

zierung der Geldmenge – genutzt werden dürften. Fließen sie in den Wirtschaftskreislauf zurück (etwa als „soziale Wohltaten“), wirken sie dort inflations-treibend.

Inflation

Die langsamste Variante der Schuldentilgung ist die Inflation. Sie greift am schleichendsten in die aktuellen Finanz- und Wirtschaftskreisläufe ein. Es ist nahe liegend, dass dies die von der Politik bevorzugte Lösung ist, da ihre Folgen von den heutigen Entscheidungsträgern nicht mehr zu verantworten sein werden. Inflation verlagert die Probleme in die (vielleicht schon näher) Zukunft und entspricht damit genau dem politischen Handeln, das zu Verschuldung statt Verzicht und zum rücksichtslosen Verbrauch begrenzter Ressourcen geführt hat.

Inflation reduziert die Kaufkraft von Geldvermögen, so dass diejenigen davon am wenigsten betroffen sind, die Sachwerte besitzen (unter anderem Immobilien, Aktien und Rohstoffe wie etwa Gold) – also durch andere Wertanlagen aus dem Geldsystem ausgestiegen sind. Demgegenüber verlieren alle Sparguthaben sowie alle Geldversprechen für die Zukunft (z. um Beispiel Lebensversicherungen und Renten) an Wert. Da eine steigende Anzahl von Menschen nur noch begrenzte Mittel hat, die sie in Sachvermögen investieren kann, ist Inflation die größte Armutsfalle der Zukunft. Durch den Kaufkraftverlust kann

unter anderem der Mittelstand immer weniger zum Wirtschaftswachstum beitragen, so dass auch er zunehmend verarmt. Inflation schützt also insbesondere die Vermögen, die am leichtesten und schnellsten transferierbar sind (in Sachwerte, andere Währungen etc.).

Letztlich sollte den politisch Handelnden klar sein, wie schwer es sein dürfte, eine Inflation mit geldpolitischen Maßnahmen exakt zu steuern. Unabhängig davon, ob man sich „in der Theorie“ für eine langsamere Variante von 3 bis 5 Prozent oder für eine zügigere von 6 bis 8 Prozent Inflation entscheidet, kann irgendwann der Punkt kommen, wo sich die Lohn-Preis-Spirale so schnell dreht, dass der Kreislauf kaum noch zu bremsen ist. Was in einem solchen Szenario auch vom Mittelstand noch übrig bleibt, zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit.

Zusammenfassende Beurteilung

Zunächst einmal verdeutlichen alle diese Überlegungen, dass es keine schmerzfreie Lösung mehr gibt. Die Frage ist jedoch, wann und bei wem die Schmerzen auftreten sollen. Versucht man diejenigen zur Lösung der Schuldenkrise heranzuziehen, die sie mitverursacht und am meisten davon profitiert haben, ist die Gefahr eines Zusammenbruchs unseres heutigen Finanz- und Geldsystems und damit wohl auch unseres Wirtschaftssystems am größten. Versucht man die Nutznießer dieses Systems möglichst zu schonen, um das System nicht zu gefährden, werden weiterhin diejenigen die Lasten tragen, die davon am unmittelbarsten in ihrem eigenen Lebensstandard betroffen sind. Jeder der

aufgezeigten Wege kann früher oder später zu einem Systemcrash führen, schon allein weil nicht klar ist, ob sich dieser überhaupt noch verhindern lässt. In der heutigen Zeit der Dauerkrisengipfel muss die Frage erlaubt sein, ob diejenigen, die auf dem Standpunkt stehen, dass es keine Möglichkeit mehr gibt, dieses Finanz- und Geldsystem noch zu retten, da der „point of no return“ bereits überschritten ist, allesamt unreflektierte Anhänger eines Weltuntergangsszenarios sind?

Der Schuldenschnitt beinhaltet sicherlich das größte Risiko, sehr schnell einen Systemcrash herbeizuführen. Er entspricht damit am ehesten der Forderung nach einem „lieber ein Ende mit Schrecken als einem Schrecken ohne Ende“. Aber auch die Inflationsvariante birgt mittel- bis langfristig diese Gefahr. Sie führt letztlich zu einer weiteren Bedürftigkeit der Menschen am Existenzminimum, so dass hier bürgerkriegsähnliche Zustände verbunden mit dem Ruf nach „dem starken Mann“ die Folge sein könnten. Ist das wirklich die bessere Alternative?

Jede Form der höheren Besteuerung bis hin zur Teilenteignung der vermögendsten Bevölkerungsschicht hat voraussichtlich die wenigsten systemgefährdenden Elemente. Sie ist aber nach heutigem Stand wohl auch die unwahrscheinlichste der Varianten. Da der Wettkampf der Staaten um Vermögen und Unternehmen wohl auch weiterhin im Wesentlichen über Steuerwohltaten geführt werden wird, und es bereits weltweite Umverteilungskämpfe um Realvermögen gibt, sehe ich keine Regierung, die diesen Weg wagen würde.

Da diese Bewertung der dargestellten Entschuldungswege das Inflationsszenario politisch am wahrscheinlichsten erscheinen lassen, sollen die folgenden Ausführungen Spielräume beleuchten, die es bei der Ausgestaltung gibt.

Gestaltungsmöglichkeiten des Infla-

tionsszenarios

Wenn wir uns also für Inflation und damit für ein Geldmengenwachstum entscheiden, das oberhalb der Steigerung des BIP liegt, sollte man sich die folgenden beiden, eng zusammenhängenden Fragen stellen:

Wer finanziert künftig die Staatsschulden? (Zentralbanken versus Geschäftsbanken)

Wer soll dieses Geld schöpfen? (Zentralbankgeld versus Giralgeld)

Wie ist es heute?

Staaten finanzieren sich über den so genannten Primärmarkt, zu dem nur ein bestimmter Kreis von Geschäftsbanken Zutritt hat. Diese leihen dem Staat Geld und kassieren dafür die jeweils marktüblichen Zinsen, die sich im Wesentlichen nach der Bonität des Staatsschuldners sowie nach der Laufzeit richten. Dieses Geld können die Banken entweder selbst schöpfen (= Giralgeld; z.B. durch Aufkauf von Wertpapieren) oder sie leihen es sich von den Zentralbanken (= Zentralbankgeld) zum gerade aktuellen „Hauptrefinanzierungssatz“ (zurzeit 1 Prozent). Die Zinserträge (bei Zentralbank-Geld die Zinsdifferenz) sind Gewinn der Bank und erhöhen ihr Eigenkapital.

Darüber hinaus ist nach den geltenden gesetzlichen Regelungen für die Finanzierung der Staaten – also dem Kauf von Staatsanleihen durch die Banken – kein Eigenkapital der Banken erforderlich. Man kann davon ausgehen, dass dies politisch gewollt war und ist. Und es geht noch weiter: Diese Staatsanleihen können (und zwar unabhängig von der Zahlungsfähigkeit des Schuldnerstaats) wiederum als Sicherheit bei den Zentralbanken hinterlegt werden, um damit neues Zentralbankgeld zu leihen.

Wie könnte eine Alternative aussehen?

Der oben beschriebene Zinsgewinn der Banken ist vollkommen risikolos, solange sichergestellt ist, dass der Staat seine

Schulden bedient. Alle Rettungsschirme und sonstigen Entscheidungen der letzten EU-Gipfel sollen genau diese Garantie geben (Ausnahme: der freiwillige Schuldenschnitt Griechenlands). Wenn „die Märkte“ also überzeugt werden sollen, dass der Ausfall einer Staatsanleihe durch entsprechende Bürgschaften ausgeschlossen wird, wodurch rechtfertigt sich dann der Zinsgewinn der Banken?

Als nächstes drängt sich die

Frage auf, warum die Inflationsgefahr eigentlich höher sein sollte, wenn das Geld von der Zentralbank direkt an die Staaten wandert, als wenn bei diesem Geldtransfer die Banken zwischengeschaltet sind? Der einzig denkbare Grund kann ja nur die Höhe des Marktzinses sein, der disziplinierend auf das Ausgabeverhalten der Staaten wirken soll. Wenn aber die Zinshöhe das einzige Steuerungsinstrument ist, dann kann auch die Zentralbank unterschiedli-

Alternative Geldsysteme: was nach dem Euro kommen kann

Wo sollen wir nach Lösungen für die Schuldenkrise suchen? Innerhalb oder außerhalb des derzeitigen Finanz- und Geldsystems?

Die alternativen Geldsysteme unterscheiden einerseits dadurch, ob sie einen Systemwechsel „im laufenden Geschäftsbetrieb“ als möglich ansehen oder auf den „Trümmern eines System-Crashes“ aufsetzen. Andererseits drehen sie an unterschiedlichen Stellschrauben – in Abhängigkeit davon, wassie als Hauptmangel des aktuellen Systems ansehen. Drei Mängel werden immer wieder diskutiert:

- die ausufernde Geldschöpfung durch Banken
- das Zinssystem an sich (Zinsszinseffekt und der „fehlende Zins“ bei der Geldschöpfung)
- Geld ist sowohl Tauschmittel als auch Wertaufbewahrungsmittel (das bedeutet: durch Sparen wird Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen. Die fehlenden Mittel müssen durch neue Schulden „kompensiert“ werden. Je ungleicher die Vermögensverteilung, desto mehr Geld wird in Finanzprodukten gehortet.)

Folgende Modellalternativen werden unter Systemkritikern am intensivsten diskutiert:

- die Monetative und das Vollgeldsystem
- Regiogeld-Systeme
- Plan B der Wissensmanufaktur

Die Monetative (www.monetative.de) beschreibt ein Geldsystem, bei dem die Geldschöpfung ausschließlich durch eine unabhängige vierte Kraft im

Staat (die „Monetative“) erfolgt und nicht mehr auf Schulden basiert. Deren Vertreter gehen davon aus, dass ein Systemwechsel jederzeit möglich ist. Neben dem Vollgeldsystem sind Regiogeld-Systeme ausdrücklich erwünscht.

Regiogelder (www.regiogeld.de) sind heute schon im Umlauf (z.B. der „Chiemgauer“). Die meisten haben den Euro als Referenzwährung und sind sogenannte „umlaufgesicherte Geldsysteme“. Das im Umlauf befindliche Geld wird innerhalb definierter Zeitabstände um einen gewissen Prozentsatz abgewertet – also eine Art negativer Umlaufzins. Regiogeld-Befürworter verweisen gern auf „das Wunder von Wörgl“ (www.zeit.de/2010/52/Woergl).

Der Plan B (www.wissensmanufaktur.net/plan-b) geht über Vorschläge zum Finanzsystem hinaus und fordert ein umfassend neues gesellschaftspolitisches Gesamtsystem. Er rechnet mit einem Zusammenbruch des jetzigen Finanzsystems. Kritiker der Wissensmanufaktur meinen, inmanchen Formulierungen und Forderungen totalitäre Tendenzen zu erkennen.

Wer jetzt sein Interesse entdeckt hat, sich an der Gestaltung dieser und ähnlicher Themen zu beteiligen: Die „AG Geldordnung und Finanzpolitik“ beschäftigt sich vorrangig mit Alternativen zum jetzigen Geld- und Finanzsystem. Politische Maßnahmen zur Reform unseres Wirtschaftssystems werden dagegen eher in der „AG Wirtschaft“ diskutiert.

Serie: Die Anderen Jörg xxxxx



So kurz vor der Rente (nächsten Juli wird er 65) dreht Ziercke nochmal richtig auf gegen Terror und Internet-Kinderporno.

Mit der Wucht seines Amtes greift der Bundeskriminalamt-Chef in die politische Diskussion ein. Zugriff auf privat gespeicherte, vertrauliche Telefongesprächs- und Webklick-Daten, dies forderte Jörg Ziercke im Juni diesen Jahres.

Aufhänger ist erneut die angeblich schwere Straftat „dokumentierter Kindesmissbrauch anhand von im Internet veröffentlichten Bildern sowie eine Bedrohung terroristischer Art. Tja, wir werden immer bedroht, unter anderem von den monströsen Stasi-Träumen aus der BKA-Ecke. Ein besonders dicker Sargnagel für die schleichende Abschaffung der deutschen Bürgerrechte: der Staats-, Bundes- oder BKA-Trojaner.

On the road to nowhere

Während Ziercke landein, landauf gegen Lupo wettet, leistete sein Bundeskriminalamt fleißig Amtshilfe und IT-Consulting für das eine oder andere Landeskriminalamt. Die Hackervereinigung CCC entdeckte die staatliche Schrüffelsoftware mit verbotenen Funktionen. Der Staats-trojaner mußte auf zahlreichen Bürger-PCs fachgerecht platziert werden. Mal bei einer Zollkontrolle am Flughafen, mal bei einem heimlichen Einbruch in eine Wohnung. Natürlich werden dabei die Grundrechte der Betroffenen eiskalt ignoriert. Die geheime Staatspolizei ist wieder da! Wie bei den Hausdurchsuchungen ist der Finger schnell am Abzug. Trojanisiert wurde etwa ein kleiner Drogendealer. Mit dem elektronischen Spitzel wird

che hohe Zinsen für die Anleihen verschiedener Staaten erheben. Die Zinshöhe resultiert ja letztlich aus der Bonität eines Staats, die größtenteils zum einen von der Höhe der Staatsverschuldung und zum anderen von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (z.B. Wirtschaftswachstum oder Handelsbilanz oder ähnliches) abhängt.

Der viel kritisierten Abhängigkeit von den amerikanischen Ratingagenturen hinsichtlich der Finanzierung der europäischen Staatsdefizite könnte dadurch begegnet werden, dass ein transparentes Alternativ-Rating aufgebaut wird, in das die gleichen ökonomisch relevanten Parameter zur Beurteilung der Staatsbonität einfließen. Diese steuern dann den Zinssatz, zu dem sich Staaten bei der EZB finanzieren können. Mit dem entscheidenden Unterschied, dass keine (nahezu risikolose) Zinsdifferenz mehr bei den Banken hängenbleibt. An dieser Zinsdifferenz verdienen dann die EZB und damit der Steuerzahler, der letztlich ja auch über die Rettungsschirme das Ausfallrisiko trägt und nicht mehr die „privaten Gläubiger“, die sich mit Hinweis auf die Systemrisiken in der Regel der Haftung entziehen.

Weitere differenziertere Modelle sind vorstellbar: Um möglichst rasch zu einer Tilgung der Altschulden zu kommen, könnten beispielsweise für einen bestimmten Anteil der kurzfristig fälligen Altschulden Anleihen ausgegeben werden, die einen extrem niedrigen Zinssatz (z.B. 1%), dafür aber eine hohe jährliche Tilgung vorsehen (z.B. 3-5%), und das bei einer Laufzeit von etwa 20-30 Jahren. Auf diese Weise würde eine Gesamtbelastung erreicht, die in etwa auf der Höhe der heutigen Marktzinsen für Staatsschuldner mit schlechter Bonität liegt, aber langfristig zu einem sukzessiven Abbau der Altschulden führt.

Es soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, dass in diesem Modell noch für weitere Fragen Lösungen zu finden sind. Beispielsweise ist es wohl notwendig, einen Sekundärmarkt für diese Kredite zu organisieren, auf dem auch andere Marktteilnehmer in Staatsanleihen inves-

tieren können. Andernfalls würde man konservativ orientierten Anlageformen zur Alterssicherung (wie Lebensversicherungen, Pensionsfonds) eine ganz wesentliche Anlageklasse nehmen. Dies würde wiederum Anreize schaffen neue „kreative“ Finanzinstrumente zu erfinden, die man ja eigentlich reduzieren möchte.

Bei diesen oder ähnlichen Modellen der ausschließlichen Finanzierung mit Zentralbank-Geld stellt sich natürlich die Frage, ob eine EZB dauerhaft unabhängig genug ist, um so etwas wie eine disziplinierende Geldmengensteuerung gegenüber den Begehrlichkeiten der politischen Führungen in den einzelnen Ländern gewährleisten und aufrecht erhalten zu können. Glaubt man dies nicht, muss man andere Wege finden, eine Institution zu schaffen, die die Geldmenge politisch unabhängig steuert und ausschließlich (verfassungsrechtlichen?) Regeln unterworfen ist.

Schlussbemerkung

Die dargestellten Gedanken richten sich überwiegend darauf, welche Möglichkeiten gegenübersteuern es innerhalb des Systems gibt. Zunehmend mehr Menschen haben jedoch Zweifel daran, ob dieses System dauerhaft überlebensfähig ist.

auf dieser
Seite:
Übersatz
Fließtext für
Titelstory

